

Diana Pinto

Juden zwischen liberaler und illiberaler Demokratie. Was mit Europa auf dem Spiel steht¹

Wir erleben derzeit eine gewaltige Kluft zwischen jenen Juden, die sich für eine pluralistische, liberale, demokratische Gesellschaft im Namen überlieferter universeller Werte und der jüdischen Ethik einsetzen, und denjenigen, die im Glauben an eine realpolitische Notwendigkeit entweder offen illiberale demokratische Weltanschauungen befördern oder diese zumindest akzeptieren – sei es, weil sie Israel noch immer als ein winziges, fragiles und dauerhaft gefährdetes Land betrachten, oder sei es, weil sie seinen neuen Status als starker internationaler Akteur begrüßen. Die Tiefe und das Ausmaß dieser Kluft sind in der Nachkriegszeit präzedenzlos.

Die Kluft zwischen liberalen und illiberalen Demokraten unter den Juden tritt besonders in den weltweiten Zentren jüdischen Lebens – in Amerika, Israel und Europa – zutage. Wir sind derzeit mit einem Wertekampf konfrontiert, der auf einem mangelnden gemeinsamen Verständnis dessen beruht, worin das Kernfundament demokratischer Gesellschaften besteht, wer ihre Feinde sind, was ihre Verbündeten auszeichnet und vor allem, wodurch sich die jüdische „Botschaft“ stärker auszeichnet – durch ihren universalen oder ihren partikularistischen Charakter.

Offengestanden: Die Gegenwart ist kein guter Zeitpunkt, um ein liberaler Demokrat zu sein, der universelle Werte aufrechterhalten will und eine offene und pluralistische Gesellschaft befürwortet; sie ist es noch weniger, um ein jüdischer liberaler Demokrat (der Begriff wird hier nicht mit Blick auf die amerikanische Demokratische Partei verwendet) zu sein. Die Nachkriegsordnung, die unter Berufung auf eben diese Werte aufgebaut wurde, gerät zunehmend aus dem Blickfeld und droht durch den Sieg Donald Trumps in den USA zu kip-

¹ Der vorliegende Beitrag basiert auf einem Vortrag, den Diana Pinto im November 2018 auf einer Tagung des European Council of Jewish Communities in Prag gehalten hat und der für die Münchner Beiträge aktualisiert wurde.

pen. Mit der systematischen Zerstörung der *Pax Americana*, die die Stabilität der Welt seit siebzig Jahren aufrechterhalten hat, beschädigte der Präsident auch die demokratischen liberalen Prinzipien, die das amerikanisch-jüdische „Jerusalem“ bisher stützten – dies geschah im Namen einer Politik des „America First“, die im Wesentlichen „weiß“ ist, im rassistischsten Sinne des Wortes. Mit diesem illiberalen demokratischen Programm hat er im israelischen Premier Benjamin Netanjahu einen starken Verbündeten. Unter dessen Ägide wurde Israel immer mehr zu einem ethnozentrischen Nationalstaat, der aufgehört hat, so zu tun, als wolle er die Quadratur des Kreises fortsetzen, sowohl ein jüdischer als auch ein demokratischer Staat zu sein – ein zentrales Credo liberaldemokratischer Juden. Israel mit seiner pulsierenden Wirtschaft, seinen zahlreichen Start-ups und seiner Verteidigungsindustrie behauptet sich jetzt stolz unter den großen neuen illiberalen Mächten, angeführt von China, Russland, der Türkei und jüngst auch Saudi-Arabien, mit Amerika als scheinbarem Gesinnungsgenossen, während es mit Verachtung auf das vermeintlich schwach und irrelevant gewordene Europa herabblickt.

Freilich, auch in Europa sind die liberalen Demokratien in der Defensive. Sie müssen sich dem Ansturm von Populismus und Nationalismus in wirtschaftlich schwachen und sozial stagnierenden Gesellschaften widersetzen. Ein angeschlagenes Europa, geschwächt von ungarischen und polnischen „starken Männern“, und jetzt auch noch deren italienischem Konterpart, aber auch gebeutelt vom Brexit-Chaos, setzt den Kampf für die pluralistische Demokratie im Namen derjenigen Grundsätze, die für seine Nachkriegsordnung leitend waren, so entschlossen wie möglich fort. Ja, edle und wichtige Prinzipien stützten das europäische Projekt, das eigens konzipiert wurde, um sicherzustellen, dass die Katastrophe des Krieges *und* des Holocaust nie wieder geschehen kann. Dies bedeutete die eigenständige Arbeit an der historischen Versöhnung zwischen ehemaligen Feinden, die Ablehnung jeglicher ethnischen und religiösen Selbstdefinition der Mitgliedstaaten, die Sicherstellung verbindlicher Rechte für alle ethnischen und religiösen Minderheiten und die Garantie, dass parlamentarische Regierungen, die aus freien und fairen Wahlen hervorgehen, für Rechtsstaatlichkeit eintreten, die von einer unabhängigen Justiz und supranationalen Institutionen gestützt wird – alles mit dem Ziel eines offenen Kontinents, der

nach und nach seine Grenzen beseitigen würde. Kurz gesagt, das in den Europarat (der als wertestiftende Institution dem wirtschaftlichen Kern der Europäischen Union voranging) eingebettete europäische Konstrukt mit seinem rechtsverbindlichen Menschenrechtsgerichtshof wurde dezidiert als Gegenstück zum nationalsozialistischen Deutschland konzipiert. (Vielleicht konnte der Brexit deshalb im Vereinigten Königreich Fuß fassen, weil das Land der einzige echte europäische Sieger des Zweiten Weltkriegs war und sich daher nie wirklich von der Proklamation dieser „Nie wieder“-Ideale betroffen gefühlt hatte.)

Es ist daran zu erinnern, dass der Europarat für Israel frühzeitig einen Status als Gastmitglied schuf, um es nach seiner Gründung zu integrieren, obwohl sich der jüdische Staat außerhalb der geographischen Grenzen Europas befindet. Der Europarat tat dies in dem festen Glauben, dass Israel zur europäischen Völkerfamilie gehöre und dass es alle Prinzipien des Rates respektieren würde, sobald Frieden in Aussicht wäre. In den Korridoren von Straßburg, dem Sitz des Europarates, konnte man so manches offizielle Foto von David Ben-Gurion, dem ersten israelischen Premierminister, sehen, das ihn zeigt, wie er ohne Krawatte neben seinen europäischen Kollegen im Dreiteiler sitzt, gleichsam ein naher politischer Verwandter aus einem Problemviertel ein paar Straßen abwärts. Eine implizite Folge dessen war für die Europäer, dass Israel die universellen Rechte für seine eigenen nichtjüdischen Minderheiten respektieren sollte, genauso wie Europa die Rechte seiner Juden gesetzlich schützte.

In Anbetracht der Tatsache, dass die unter sowjetischer Herrschaft stehenden ost(mittel)europäischen Länder nicht dem Europarat beitreten durften, lässt sich ohne jegliche Provokation behaupten, dass Israel jahrzehntelang der einzige ethnisch definierte demokratische Staat war, der Zugang zu dieser europäischen Institution hatte. Damals konnte niemand vorhersagen, dass Israel aufgrund seiner aggressiven Nachbarn, aber auch wegen seiner eigenen internen nationalen Logik, nicht die ursprünglichen politischen Kriterien erfüllen würde, die dem europäischen Projekt zugrunde liegen. Man konnte auch nicht vorhersagen, dass der jüdische Staat die grundlegenden Prinzipien des europäischen Projekts relativieren würde, sei es die Idee der nationalen Versöhnung oder die der universellen Menschenrechte. Nicht nur, weil diese Prinzipien von den Europäern (und noch mehr von den Ver-

einten Nationen) zuweilen falsch gehandhabt wurden, sondern grundlegender, weil sie seiner eigenen komplexen gesellschaftlich-nationalen Zusammensetzung und den sich herausbildenden (allenfalls teilweise europäischen) Grundlagen seiner immer stärker religiös definierten politischen Kultur widersprachen.

Wenn man heute, zu Zeiten von „America First“, nach einem Ort sucht, der noch an diesen liberaldemokratischen Grundwerten festhält und sich sogar auf sie bezieht, bleibt das Nachkriegseuropa mit all seinen Mängeln, Schwächen, politischen, wirtschaftlichen und vor allem sozialen Fehlern weiterhin als Referenz bestehen (ebenso wie Kanada, das aber niemals in vergleichbarer Weise in Frage gestellt worden wäre). Man muss betonen, was doch so selten getan wird, dass diese Werte die Prinzipien darstellen, die das jüdische Leben nach dem Holocaust in Westeuropa und nach dem Fall der Berliner Mauer in ganz Europa wiederaufleben und gedeihen ließen. Und sie sind nach wie vor der Grund, dass Juden weiterhin aus freien Stücken in Europa leben, obwohl diejenigen aus Westeuropa seit der Gründung des jüdischen Staates die Möglichkeit haben, nach Israel zu emigrieren, und diese Option den Juden in Osteuropa immerhin seit dem Fall des Kommunismus im Jahre 1989 freisteht (obgleich einige von ihnen die Sowjetunion, beginnend mit dem Jackson-Amendment von 1979, früher verlassen konnten, wenn auch erst nach langwierigen Verhandlungen).

Die gegenwärtigen jüdischen Lesarten Europas verraten uns darüber nichts. Angesichts einer tausendjährigen Geschichte jüdischer Marginalität vor der Emanzipation und dem Holocaust darf man nicht erwarten, dass „Europa und die Juden“ oder „europäische Juden“ Begriffe sind, die so instinktiv zusammenpassen wie „das Pferd und die Kutsche oder die Liebe und die Ehe“ in Frank Sinatras Lied „Love and Marriage“. Umgekehrt sollte man auch auf andächtige Verweise auf die Juden als die „ersten Europäer“ verzichten. Sie waren es nicht. Christliche Mönche und später die Humanisten versuchten, eine europäische Utopie zu konstruieren. Juden wären im Idealfall „Globalisten“ ohne Grenzen. Diese Verquickung konnte entstehen, weil Europa nach der Zerstörung des Zweiten Tempels und über Jahrhunderte danach das maßgebliche Zentrum der jüdischen Welt war. Damit wird natürlich keineswegs die Tatsache in Frage gestellt, dass Europa tatsächlich der Schmelztiegel war, in dem das jüdische Leben

beispiellose kulturelle, religiöse und intellektuelle Höhen erreichte.

Merkwürdigerweise scheint die jüdische Welt heute noch immer nicht in der Lage zu sein, die tatsächliche (verringerte) Größe Europas oder die (gewachsene) Bedeutung des europäischen Projekts zu beurteilen. Gibt man in Google „Europe and the Jews“ oder „Jews in Europe“ ein, so wird man seitenlange Hinweise auf vergangenen und gegenwärtigen linken und rechten Antisemitismus finden, die durch Hinweise auf die BDS-Bewegung, den islamischen Terrorismus und die schwindende Erinnerung an den Holocaust ergänzt werden; mit dem Aufkommen des Populismus außerdem Warnungen vor einer Rückkehr der dreißiger Jahre sowie jüngst sogar Hinweise auf die antisemitischen Slogans einiger französischer *Gilets Jaunes*, als hätten diese die ganze Zeit über braune Hemden unter ihren gelben Westen getragen.

Durch diesen düsteren Google-Filter erscheint Europa als vergifteter Ort, an dem sich nationale Führungsfiguren nicht wirklich für die Juden interessieren und diese wider jeden gesunden Menschenverstand unter großen Mühen weitermachen wie bisher. Diese weit verbreitete jüdische Denkfigur weist keinerlei Zeichen einer Abnutzung auf, obwohl in den letzten Jahrzehnten weder ein letzter Jude auf seinem Weg aus dem Kontinent das Licht ausschaltete, noch die politischen Eliten der Europäischen Union tatenlos waren: im Gegenteil. Aus jüdischer Sicht leben wir immer noch mit dem eingefrorenen Bild eines ewig trostlosen europäischen Kontinents, der am besten mit einem notorischen Trinker zu vergleichen ist, dessen kurze Phasen der Abstinenz kaum der Erwähnung wert sind. Ein solches Bild trug einst dazu bei, dem jüdischen Leben in Amerika und in Israel normative Kraft zu verleihen, aber leider muss es aufgrund der jüngsten politischen Entwicklungen in beiden Ländern überarbeitet werden. Es geht nicht darum, dass Europa zu einem Paradies geworden wäre, sondern eher darum, dass Amerika und Israel sich anscheinend von ihren ursprünglichen Träumen verabschieden. Es ist nur ein schwacher Trost, dass liberale jüdische Demokraten, ob in Amerika, Europa oder Israel, alle in einem Boot sitzen. Warum schließen wir uns eigentlich nicht zusammen? Ich kann hinzufügen, dass wir die jüdische Ethik auf unserer Seite haben.

Die jüdische Welt, in der wir heute leben, hat wenig Ähnlichkeit mit den letztlich simplen Visionen des jüdischen Nachkriegslebens, wie wir sie im amerikanischen, europäi-

schen und israelischen Westen lebten. Bekannte Kategorien wie die Trennung zwischen Israel und der Diaspora sind einer weitaus komplexeren Verschränkung von Juden und Israelis gewichen, die die gleichen religiösen, ideologischen und politischen Verwerfungen kennen, welche Nationen und ganze Kontinente durchziehen. Ebenso hat sich die Idee der jüdischen Volkszugehörigkeit („Jewish Peoplehood“) als Bastion gegen Assimilation angesichts zunehmend offener und fließender jüdischer Identitäten aufgelöst. Die scheinbar unzerstörbaren Verbindungen zwischen dem amerikanischen Judentum und Israel sind zerfasert, während das europäische Judentum, trotz seiner vielen Schwierigkeiten, dem Verschwinden trotzt.

Der Antisemitismus mag zwar wachsen, aber er ist nicht mehr der einzige Brennpunkt, der den Hass in Gesellschaften bündelt, in denen viele „Andere“ leben. Vor allem nimmt sich Israel selbst nicht mehr als gefährdetes, bedrohtes, kleines Land wahr, das einer großen Anzahl von Feinden ausgeliefert ist, noch wird es von außen so wahrgenommen. Es ist zu einem mächtigen Staat mit offenen und nur halbherzig geheim gehaltenen regionalen Allianzen sowie wachsendem internationalen wirtschaftlichen und politischen Einfluss geworden, den es im Namen seiner eigenen realpolitischen Interessen ausübt, manchmal auf Kosten anderer jüdischer Gemeinden und seiner eigenen Zivilgesellschaft. Amerika unter Trump stellt die jüdische Gemeinschaft unterdessen zunehmend vor neue innere und äußere Herausforderungen. Alte geographische, historische und kulturelle Gewissheiten werden somit transzendiert. Neue Linien werden gezogen, und wie immer in der Geschichte sind jüdische Spannungen mit denen der restlichen Welt verbunden.

Der heutige entscheidende Kampf zwischen liberalen und illiberalen Demokratien hat seine jüdische Entsprechung in allen drei Zentren jüdischen Lebens: Amerika, Europa und Israel. Die Befürworter einer liberalen Demokratie setzen sich für universelle Werte, pluralistische Vielfalt, eine starke Zivilgesellschaft, politische *checks and balances* und eine respektierte und unabhängige Justiz ein, sie verfechten die Notwendigkeit einer starken unabhängigen Presse und ein inklusives Verständnis von Staatsbürgerschaft. Sie verabscheuen Rassismus, verteidigen die Rechte unterdrückter Minderheiten, von Migranten und Asylbewerbern, und sie tun dies im Namen der jüdischen Ethik und der langen Geschichte der jüdischen Un-

terdrückung durch andere. Es ist kein Zufall, dass religiös observante Juden, unter ihnen viele Rabbiner, sich stark zugunsten von Migranten und Asylsuchenden in Amerika, Europa und Israel ausgesprochen haben. Sie können sich als Juden einfach nicht vorstellen, andere auszuschließen. Außerdem sind diese Juden überzeugt, dass liberale und offene Demokratien den besten Garant für ein blühendes jüdisches Leben innerhalb und außerhalb Israels darstellen.

Jüdische Befürworter einer illiberalen Demokratie mögen zwar nicht aus innerer Überzeugung autoritär sein, rechtfertigen jedoch aufgrund äußerer Umstände und Krisen illiberale demokratische Dogmen. Sie akzeptieren den Wählerwillen des „Volkes“, selbst wenn der Sieg nur mit knapper Mehrheit errungen wurde und die Abgeordneten populistische, antidemokratische Einstellungen zur Schau stellen. Sie missachten und lehnen die Zivilgesellschaft ab und verabschieden Gesetze gegen internationale NGOs, die beschuldigt werden, sich in innere Angelegenheiten einzumischen; sie versuchen die Macht der Gerichte, insbesondere des Obersten Gerichtshofs, zu relativieren, wenn nicht gar aktiv einzuschränken; sie haben eine feindselige Beziehung zu einer freien und kritischen Presse, und definieren Staatsbürgerschaft weitgehend in restriktiven ethnischen Kategorien; sie sehen Migranten und Asylsuchende als Bedrohung für ihr Land, akzeptieren oder schüren sogar populistische Ängste und definieren Politik ausschließlich nationalistisch; sie bauen auch Mauern. Diese Beschreibung passt zu den Einstellungen vieler Juden in Israel, das, gemessen an seinen sozialdemokratischen Ursprüngen, einen Rechtsruck vollzog. Es ist kein Zufall, dass Viktor Orbán israelische Unternehmer zu Rate zog und beauftragte, als er 2015 seine Mauer gegen Asylsuchende bauen ließ, von denen übrigens niemand in Ungarn bleiben wollte. Schließlich hatte Netanjahu den Ton angegeben, als er auf dem Sinai eine Mauer errichtet hatte, um das Land vor afrikanischen „Infiltranten“ zu schützen, die Zuflucht suchten.

Auf den ersten Blick mag es noch mehr überraschen, dass sich diese illiberale demokratische Haltung auch auf die jüdische Welt außerhalb Israels ausgeweitet hat. Einige Juden in Europa und in Amerika akzeptieren oder billigen zumindest den Populismus in ihren jeweiligen Ländern als das geringere von zwei Übeln, verglichen mit dem scheinbaren Mäandern multikultureller Gesellschaften und ihren pro-palästinensischen Positionen. Sie tun dies nicht nur wegen des seit langem

bestehenden *Dina de Malkhuta Dina* -Prinzips², sondern auch, weil sie jüdisches Leben stets von Feinden, vor allem von Muslimen, bedroht sehen. Ihre oberste Priorität ist die jüdische Selbstverteidigung und eine starke internationale Ordnung für das „abgesonderte Volk“. Multilaterale Institutionen und die ganze „Religion“ der Menschenrechte sind ihr Feind. Sie sind daher durchaus bereit, unbeugsame und autoritäre Führer zu akzeptieren, *sofern* diese Unterstützung für oder zumindest Freundschaft mit Israel signalisieren. Realpolitik sticht in diesem Fall universelle Werte wie Menschenrechte und Gerechtigkeit aus, die in einer hobbesianischen Welt, in der der Mensch dem Menschen ein Wolf ist, als verfehlte und gefährliche utopische Ideale wahrgenommen werden. Solche Juden fühlen sich auch mit dem neumodischen, extrem rechten Konzept einer „jüdisch-christlichen“ Tradition wohl, das von liberalen Demokraten als kaum verschleiertes Mittel wahrgenommen wird, selbst moderate oder laizistische Muslime auszuschließen, ganz zu schweigen von all denjenigen, die im Sinne einer modernen Zivilgesellschaft bestimmte Forderungen nach einer selbstbestimmten Lebensweise (vor allem mit Blick auf Geburtenkontrolle und Adoptionen) stellen.

Vielleicht bedarf der Begriff des illiberalen jüdischen Demokraten einer näheren Erklärung. Diejenigen, die bereit sind, unter illiberalen Demokratien oder sogar unter autoritären, nicht-demokratischen Regimen zu leben (man denke an Russland), tun dies gelegentlich, weil sie die Idee der „Demokratie“ für ein fremdes, griechisches Konzept halten, das wenig mit der jüdischen politischen Tradition zu tun hat, die die Macht unter Königen, Richtern und Propheten aufteilt. Sicherlich kann dies zum Teil erklären, weshalb sich so viele Lubawitscher und ultraorthodoxe Juden Putins Russland so nahe fühlen und sogar das umstrittene Holocaust-Museum der ungarischen Regierung gegen die Widerstände der etablierten jüdischen Gemeinde Ungarns akzeptiert haben. Möglicherweise ließe sich damit auch erklären, warum die Regierung Netanjahu sich nicht gegen Polens umstrittenes Holocaust-Gesetz ausgesprochen hat, mit all seinen impliziten Folgen für offene und neutrale historische Untersuchungen zur Rolle der Polen während der Schreckenszeit.

² Anm. der Redaktion: „Das Gesetz des Königtums ist Gesetz“, rabbinischer Grundsatz, der die Verträglichkeit der Halacha mit dem Landesrecht festhält.



1 Der israelische
Premierminister
Benjamin Netanjahu
mit dem ungarischen
Ministerpräsidenten
Viktor Orbán

Man sollte nicht vergessen, dass derartige nicht-liberaldemokratische Ansichten einen sehr alten Vorläufer in der alten, aus der Diaspora stammenden Tradition haben, lieber Zugang zum Fürstenohr zu haben als eine horizontale Verbindung zum „Volk“ (oder zum „gemeinen Volk“, wie es früher genannt wurde) zu suchen. Historisch konnten Fürsten und Bischöfe Juden schützen (denn dies war in ihrem Interesse) und den häufig antijüdischen Furor der *Vox Populi* abmildern. Juden, die unter anderen Völkern lebten, waren selten Populisten. Viele wurden erst innerhalb Israels Populisten (ein weiterer Beweis für nationale Normalität), seit „das Volk“ (oder zumindest die, die sich dazu zählen) jüdisch ist.

Neu ist, dass so viele Juden außerhalb Israels ihre eigenen nichtjüdischen populistischen Führer nicht nur aufgrund des Prinzips des Fürstenohrs akzeptieren, sondern auch, weil solche populistischen Regime in Europa ziemlich gewitzt darin wurden, Israel (oder vielmehr die ethno-nationalistische Vision, die von den derzeitigen Machthabern gefördert wird) als ihren besten Freund darzustellen. Man denke nur an die engen Beziehungen zwischen dem israelischen Premierminister, US-Präsident Trump und dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán, oder seinem polnischen Äquivalent unter der Führung Jarosław Kaczyńskis, um das Ausmaß des Problems für die ethischen Werte zu erkennen.

Was bleibt liberalen jüdischen Demokraten in unserer rasch fortschreitenden Welt? Ich würde behaupten, dass sie sich in einer Art Schwebezustand befinden, der umso problematischer ist, als sie es versäumt haben, Kräfte in Amerika, Europa

und Israel ernsthaft zu bündeln. Sie taten dies nicht, weil der Einfluss, den sie in ihren jeweiligen Gesellschaften haben, sehr unterschiedlich ist. Die meisten amerikanischen Juden stimmten gegen Trump und haben ihre liberaldemokratischen Ansichten sowie ihre Missbilligung von Trumps Regierungsprogramm sehr offen zum Ausdruck gebracht. Aber leider blieb dies weitgehend wirkungslos, da sie nicht an der Macht sind. Man sollte auch nicht übersehen, dass eine, wenn auch kleine, so doch bedeutende Gruppe von Juden, darunter wichtige Geldgeber für jüdische Belange und Verfechter einer anderen Außenpolitik gemeinsam mit ihren Think Tanks aus höchst unterschiedlichen Gründen für Trump stimmten. Teilweise waren dafür finanzielle Gründe ausschlaggebend; eine Rolle spielten aber auch Trumps Entscheidung, die amerikanische Botschaft nach Jerusalem zu verlegen, seine Zusage, das Atomabkommen mit dem Iran zu kassieren, und seine Ankündigung, ganz generell in Bezug auf multilaterale Verpflichtungen „Klartext“ zu reden. Diese Juden wählten einen populistischen Führer hauptsächlich aus israelischen Interessen, außerdem auch, weil sie seine feindselige Einstellung gegenüber Immigranten und Asylsuchenden teilten. Zu ihrer Überraschung kamen widerwärtige rassistische Strömungen zum Vorschein, erst in Charlottesville und später bei den beispiellosen Morden in Pittsburgh – in einer Synagoge, die für ihr Engagement für Flüchtlinge und Migranten bekannt ist und von Israels offiziellem orthodoxen Establishment nicht einmal beim Namen genannt wurde. Trotz dieses wachsenden rechten amerikanischen Antisemitismus (aber auch des linken, wie man bei der *Women's march*-Kontroverse³ miterleben konnte) fällt besonders auf, dass die amerikanischen Juden insgesamt noch immer die „grundlegenden Unterschiede“ zwischen dem, was in ihrem Land vor sich geht, und dem, was sich schon seit Jahrzehnten in Europa ereignet, betonen – ganz so, als ob solche talmudischen Unterscheidungen wichtig wären (aber in wessen Namen?). So wirkmächtig ist bis heute das Bild des europäischen „Trunkenbolds“.

³ Anm. der Redaktion: Im Kontext des „Women's March on Washington“, der sich am ersten Tag nach der Amtseinführung Trumps für Frauen- und Menschenrechte einsetzte, kam es zu israelfeindlichen Aussagen. Besonders eine der Hauptorganisatorinnen der Demonstration, Linda Sarsour, hat sich wiederholt zur BDS-Kampagne und zum Antizionismus bekannt. Zudem wurden Vorwürfe laut, drei der Organisatorinnen – neben Sarsour auch Tamika Mallory und Carmen Perez – sympathisierten mit dem Anführer der „Nation of Islam“, dem offenen Antisemiten Louis Farrakhan.

In Israel ist die Situation für liberale Demokraten genau entgegengesetzt. Sie bilden eine sichtbare Minderheit, die in der Außenwelt mehr Gehör findet als in der Innenpolitik Israels, wo sie ständig Wahlen verlieren. Die Zeitung *Ha'aretz* mag ihr Sprachrohr sein, und der vor kurzem entschwundene Amos Oz ihr Prophet Amos, aber der Einfluss der angesehenen Zeitung im israelischen Leben ist minimal, ebenso wie ihre Auswirkungen auf die täglichen und oft unruhigen Kompromisse im politischen Leben des Landes. Die israelischen Machthaber könnten nicht weiter von den Prinzipien des europäischen Nachkriegsprojekts entfernt sein. In vielerlei Hinsicht verkörpern sie sein Gegenbild: eine Vision ihres Landes als ethnisch homogenes Land, die absolute Priorität des Nationalstaats, geschlossene Grenzen, ein restriktives oder ungleiches Staatsbürgerschaftsrecht, keine überstaatliche Justiz und außergerichtliche Entscheidungen in Bezug auf die als Judäa und Samaria bezeichneten besetzten Gebiete. Es ist daher kein Zufall, dass eine solch marginalisierte israelische Opposition keine Unterstützung oder Zuflucht in den jüdischen Gemeinden Europas findet, die Israel gegenüber loyal bleiben. Die liberalen Demokraten in Israel ziehen es vor, die pluralistische, demokratische Welt außerhalb ihres Landes zu besuchen, in der sie von westeuropäischen Regierungen, dem Europäischen Parlament, Menschenrechtsvereinigungen und einer kritischen Presse unterstützt werden, gerade aus ihrer Bindung an die Nachkriegswerte Europas heraus. Als Konsequenz werden solche liberalen Demokraten in Israel vom dortigen politischen Establishment als Verräter bezeichnet, und die Nichtjuden, die sie unterstützen, entweder als Antizionisten oder, noch deutlicher, als Antisemiten.

Was ist mit den jüdischen liberalen Demokraten in Europa? Sie sind in einem infernalischen Niemandsland gefangen. Die jüdische Welt nähme sie nicht ernst, wenn sie sich selbst als „europäisch“ definieren würde, auch wenn viele dies tun, vor allem in Abgrenzung zum neuen Populismus. Vor kurzem haben Serge und Beate Klarsfeld im Namen der Kinder der deportierten Juden Frankreichs, des Vereins, den sie vor Jahrzehnten gründeten, eine ganzseitige Anzeige in der französischen Presse veröffentlicht, um zu betonen, dass die Europäische Union und ihre Werte für die Juden, die sie für die bevorstehenden Europawahlen mobilisieren wollten, von zentraler Bedeutung sind. Ich bin nicht sicher, ob diese grundlegende Aussage in Amerika oder Israel auf offene Ohren stieß. Der Begriff „euro-

päisch“ funktioniert für diese jüdische Welt nur als Adjektiv, das nützliche Netzwerke auf dem Kontinent ohne relevante politische Traditionen beschreibt. Trotz ihres prekären Status kämpfen diese liberalen jüdischen Demokraten auf einem entscheidenden Schlachtfeld, zu dem sich Europa im Kampf gegen die illiberale Demokratie entwickelt hat. Sie sind vielleicht nicht zahlreich, aber ihr symbolisches Gewicht sollte die jüdische Welt zum Nachdenken über die kritische Rolle Europas bewegen.

Europa ist, unverblümt gesagt, der letzte Beweis dafür, dass die jüdische Welt nicht beides haben kann. Sie kann Europa nicht vorwerfen, den vertrauten populistischen Gestank der 1930er Jahre erneut zu verbreiten und in seiner Mitte einen wiedergeborenen rechten Antisemitismus zu beherbergen, während sie gleichzeitig autoritäre und illiberale Politiker in östlichen Ländern wie Ungarn und Polen, aber auch in westlichen Ländern wie Österreich, den Niederlanden, Italien und sogar Deutschland mit der *Alternative für Deutschland* aufgrund von deren Liebe zu Israel und deren Hass auf die Muslime grundsätzlich in Ordnung findet. Die liberalen jüdischen Demokraten in Europa wissen nicht nur, dass der Antisemitismus und seine vielfältigen Denkfiguren auch dieser scheinbar bereinigten Version der extremen Rechten nie besonders fernstehen. Sie wissen auch, dass der Populismus und die dreißiger Jahre für die Gesellschaft insgesamt schlecht waren, weil sie grundlegende demokratische Rechte und die Gewaltenteilung zerstörten und sie durch einfache populäre Lösungen und die damit einhergehende Gewalt gegen den Rechtsstaat ersetzten. Antisemitismus war ein entscheidendes Symptom einer weit aus größeren Erkrankung, aber die Krankheit kann sich auch durch Herunterspielen des Antisemitismus oder sogar ohne ihn entwickeln, wie dies in den ersten sechzehn Jahren des italienischen Faschismus der Fall war. Juden, die illiberale Demokratien unterstützen oder die Europäische Union als vernachlässigbare Entität betrachten, die nur zur Finanzierung ihrer eigenen internen Netzwerke geeignet ist, scheinen diese entscheidende Lektion vergessen zu haben.

Abschließend sei auf drei scheinbar kontingente Ereignisse verwiesen, die im Dezember 2018 in Europa stattfanden. Sie veranschaulichen, inwieweit amerikanische, israelische und europäische liberale demokratische Prioritäten unauflöslich miteinander verbunden sind. Am 1. Dezember kündigte die von George Soros im Jahr 1991 gegründete Central European

University (CEU) in Budapest, die wenig vorher unter schweren politischen Beschuss geraten war, erzwungenermaßen an, ihren Sitz nach Wien zu verlegen. Am 10. Dezember, dem 70. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, überreichte die französische Regierung mittels einer beratenden Kommission fünf internationalen NGOs, die laut ihren eigenen Worten „behelligt oder unter Druck gesetzt wurden, weil sie die Menschenrechte verteidigten“, ihren internationalen Menschenrechtspreis: eine stammte aus China, eine aus Kolumbien und eine dritte aus Niger. Die beiden anderen waren in Israel / Palästina ansässig: B'Tselem und Al-Haq. Am nächsten Tag besuchte Matteo Salvini, der stellvertretende italienische Ministerpräsident (in Wirklichkeit der tonangebende Politiker des Landes) Israel, um seine tiefe Freundschaft mit dem Land und Netanjahu zu verkünden. Er war nicht der erste populistische Führer, der diese Pilgerfahrt unternahm: Viktor Orbán war ihm zusammen mit Rodrigo Duterte aus den Philippinen vorausgegangen, und Netanjahu seinerseits hatte als erster den neu gewählten Präsidenten Brasiliens, Jair Bolsonaro, besucht.

Die Schließung der CEU war keine Überraschung. Es war lediglich Viktor Orbáns jüngste Amtshandlung als populistischer und zunehmend autoritärer Premierminister von Ungarn in seinem jahrzehntelangen Krieg gegen den Philanthropen George Soros, der durch seine Open Society Foundation nach dem Fall der Berliner Mauer nicht nur die Zivilgesellschaft in ganz Osteuropa unterstützte und förderte. Seine Stiftungen finanzierten auch Programme für Minderheiten wie die Roma und zuletzt Flüchtlinge, und unterstützten humanitäre und linksdemokratische Anliegen sowohl in Amerika als auch in Asien. In einem offenen Krieg gegen Soros gelang es Orbán, den ungarischen jüdischen Flüchtling, der seine jüdische Herkunft nie betonte, in die antisemitische Karikatur eines bösen Kapitalisten zu verwandeln, der unschuldige Völker ihrer nationalen Identität und Würde beraube, indem er unerwünschte Flüchtlinge auf ihren „unbefleckten“ Boden bringe – alles im Namen einer globalen Verschwörung. In der Vergangenheit hätte man erwartet, dass die Vereinigten Staaten und Israel ihre Stimmen gegen solch



2 George Soros auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2011

einen unverschämten antisemitischen Angriff erheben würden. Die Vereinigten Staaten hätten automatisch eine amerikanische Universität im Ausland als integralen Bestandteil ihrer eigenen Soft Power verteidigt. Nicht mehr. Denn George Soros ist auch der Feind Trumps und Netanjahus: In seiner philanthropischen Arbeit (nicht unbedingt in seinen Anlagefonds) verkörpert er jene liberaldemokratischen (und sogar jüdischen) ethischen Werte, die ihre politische Wirkungsmacht verloren haben. Trump beschuldigte ihn, den gefährlichen lateinamerikanischen Migranten und Asylsuchenden geholfen zu haben, gegen die er eine Mauer bauen möchte, weil sie Amerika bedrohen – eben jene Anschuldigung gegen Soros, die auch von Orbán vorgebracht wurde. Netanjahu entschied im Stile Putins, die Macht der internationalen NGOs einzuschränken, indem er ihren Zugang zu Israel reglementiert und Soros öffentlich tadelte.

Keine jüdische Kritik an Soros (ob zutreffend oder nicht), sei es in Bezug auf die Person selbst, sein Auftreten oder seine Aktivitäten, kann die Tatsache ändern, dass er zum Inbegriff eines antisemitischen Topos für alle Populisten wurde; ein Topos, den alle Juden verurteilen müssen, auch diejenigen, die seine Ideen oder Ideale nicht teilen. Dass sich einige Juden öffentlichkeitswirksam dazu entschieden, sich von ihm zu distanzieren oder sich in diesen Kontroversen nicht für ihn einzusetzen, zeigt, wie blind sie für die gefährliche extremistische Natur der populistischen Rechten sind, ob in Israel, Amerika oder Europa.

Frankreich verlieh B'Tselem und Al-Haq den höchsten internationalen Menschenrechtspreis in Anerkennung für die grundlegende Arbeit einer bedeutenden und hoch angesehenen israelischen NGO (die Netanjahu nicht schließen konnte, weil sie ihren Sitz nicht im Ausland hatte), die für ihre Anprangerung etlicher nachgewiesener Menschenrechtsverletzungen sowohl innerhalb Israels als auch in den besetzten Gebieten sehr bekannt ist, *nicht gegen, sondern im Namen* der israelischen Rechtsstaatlichkeit (und nebenbei auch der jüdischen Ethik). Die israelischen Menschenrechtsaktivisten fühlten sich durch den Preis zutiefst geehrt, da er zugleich beweisen konnte, dass die internationale Menschenrechtsgemeinschaft nicht, wie ihre Kritiker immer behaupteten, grundsätzlich antizionistisch ist und auf die Zerstörung des Staates Israel abzielt.

Stattdessen wurde die Vergabe eines solchen Preises als Be-

leidigung der offiziellen jüdischen Organisationen Frankreichs (CRIF) und der Regierung Netanjahus interpretiert, die den Mitgewinner Al-Haq beschuldigte, mit der BDS-Bewegung zu sympathisieren (was auf viele Menschenrechtsorganisationen in Israel und Amerika auch zutrifft, die von der zweifelhaften Annahme ausgehen, dass Israel Südafrika während der Apartheid ebenbürtig ist, was jedoch nicht der Fall ist – nicht jegliches verwerfliche Verhalten äußert sich in gleich extremer Weise). Infolgedessen gab die französische Justizministerin Nicole Deboulet dem Druck nach und nahm an der Zeremonie nicht teil, obwohl sie in ihrem Ministerium stattfand. In der Vergangenheit hätte die jüdische Welt solche Menschenrechtsverletzungen in der ganzen Welt leidenschaftlich kritisiert. Nicht mehr heute, im Zeichen der Errichtung eines Schutzzauns um Israel, ganz so, wie die talmudischen Weisen um die Torah „Zäune“ errichteten, um ihre Heiligkeit zu schützen.⁴ Niemand schien zu bemerken, dass Frankreichs Bericht über Menschenrechtsverurteilungen keinen Bezug zum skandalösen Verhalten der Vereinten Nationen hatte, das einst Assads Syrien in den Ausschuss für Menschenrechte aufgenommen hatte. So wurde das Kind der Menschenrechte aus einem zunehmend illiberal-demokratischen Reflex heraus zugleich mit dem Bade ausgeschüttet, obwohl (oder vielleicht gerade weil) B'Tselems Arbeit im Geiste der höchsten demokratischen Standards Israels ausgeführt wurde.

Die offizielle Reise von Matteo Salvini nach Israel war das dritte der höchst symbolischen Ereignisse auf der Liste. Salvini verkündete nicht nur seine Liebe zu Israel, sondern verwandelte in einem glänzenden politischen Manöver den 80. Jahrestag der italienischen Proklamation der Rassengesetze gegen die Juden durch Mussolini zu einem feierlichen Anlass nationaler Reue. Als Konsequenz begrüßten viele italienische Juden und auch Israelis, die sich von seiner historisch reuevollen und pro-israelischen Haltung besänftigen ließen, seinen Staatsbesuch als Zeichen der anhaltenden herzlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Dieses Jubelklima wurde jedoch vom israelischen Präsidenten Reuven Rivlin getrübt, der sich angeblich wegen eines „Terminkonflikts“ nicht mit Salvini traf. Rivlin hatte bereits mehrfach den Aufstieg

⁴ Anm. der Redaktion: Im Babylonischen Talmud heißt es: „Die Weisen machten einen Zaun um ihre Worte“, womit gemeint ist, dass die Halacha immer weit auszulegen ist, um sicherzugehen, dass nicht versehentlich gegen ein Gebot verstoßen wird.

neofaschistischer, autoritärer und illiberaler demokratischer Regimes verurteilt, vor allem, wenn sie Israel instrumentalisieren, um ihre rassistischen und manchmal sogar antisemitischen Positionen im Sinne eines „Israel braucht solche Freunde“ zu übertünchen. Rückblickend schien der Terminkonflikt eine Art diplomatischer Neusprech zu sein. Um der positiven Aura des Besuchs entgegenzuwirken, unterschrieb eine Gruppe italienischer Juden eine Petition, in der die Regierung von Salvini wegen ihrer illiberalen Positionen und vor allem ihrer rassistischen Sprache und ihres Verhaltens gegenüber den in Italien lebenden Einwanderern und Flüchtlingen verurteilt wurde; ebenfalls erwähnt wurde auch Salvinis Intoleranz und seine rüde Attitüde gegenüber Italiens Justiz. Diese italienisch-jüdischen liberalen Demokraten wollen im neuen rechten italienischen Konsens nicht als „Insider“ gelten, ähnlich wie ihre deutschen jüdischen Konterparts nichts von den Sympathien der rechtsextremen *Alternative für Deutschland* für Israel hören wollen oder sich liberaldemokratische amerikanische Juden von christlichen Zionisten oder Anti-Immigrations-Isolationisten vereinnahmen lassen wollen.

Auch noch so viele pro-israelische Bekundungen können die Bedrohung, die illiberale und autoritäre Politiker für die Demokratie darstellen, nicht mindern; dies gilt gleichermaßen für die Gegenwart wie auch für die Zukunft der Demokratie und ebenso für die Vergangenheit. Die Einbeziehung der Opfer von gestern im Gegensatz zu denen von heute, die absichtlich aus der politischen Debatte ausgeschlossen werden, zeigt, dass keine „Lehre“ gezogen wurde. Nachträgliche Rechtschaffenheit ist kein Beweis für Aufrichtigkeit im Hier und Jetzt. Realpolitisch gesinnte Juden, die sich mit illiberalen Demokraten und autoritären Regimen zusammentun, spielen mit dem Feuer, wenn sie auf die universellen Erfordernisse der jüdischen ethischen Tradition verzichten, um die kurzfristigen Zugewinne selbstsüchtiger Nationalisten zu fördern. Sie tun auch Israel keinen Gefallen mit solchen illiberalen Einstellungen. Das Land ist stark genug, um die politischen und philosophischen Debatten auszuhalten, welche innerhalb einer robusten Demokratie unausweichlich sind.

Die liberale Demokratie ist nicht zum Scheitern verurteilt. Ihre Institutionen werden sich hoffentlich als stärker als die Angriffe erweisen, denen sie derzeit in Amerika, Europa oder Israel ausgesetzt ist. Trump könnte möglicherweise nicht wiedergewählt werden; Polen könnte die gegenwärtige Regierung

durchaus abwählen, und sogar Orbán sieht sich zunehmend mit Unzufriedenheit im eigenen Land konfrontiert. Das europäische Ideal der Nachkriegszeit könnte sich gerade neu erfinden. Um jedoch zu gewährleisten, dass es zusammen mit der liberalen Demokratie überleben wird, muss die jüdische Welt über ihre drei Zentren hinweg zu ihren manchmal unbequemen Verbündeten stehen, die Israel unter dem Gesichtspunkt universeller Werte kritisieren, anstatt mit illiberalen Kräften auf Kuschelkurs zu gehen, deren „Liebe“ für Israel nicht nur fragwürdig, sondern auch gefährlich ist. Die Bruchlinien sind in Europa am deutlichsten sichtbar, aber die kommenden Auseinandersetzungen werden unsere gemeinsame westliche Zukunft bestimmen.

Aus dem Englischen von Bernhard Pirkel

BILDNACHWEIS
Abb. 1 picture alliance/
Xinhua
Abb. 2 Harald Dettenborn